AKTUELLES VON THOMAS BAREISS

SOMMER ZEITUNG 2008

- Wirtschaftsstandort Deutschland: Spitze in Europa
- Die Mittelschicht entlasten
- Sommertour 2008
- Endlich richtig in Straßenbauprojekte investieren
- Vertrag von Lissabon: EU zukunftsfähig machen

- Symposium zum Transatlantischen Wirtschaftsrat
- IdeenPark auf der Messe Stuttgart
- 2. Starkbierfest mit Peter Müller

Wirtschaftsstandort Deut

Deutsche Wirtschaft startet durch

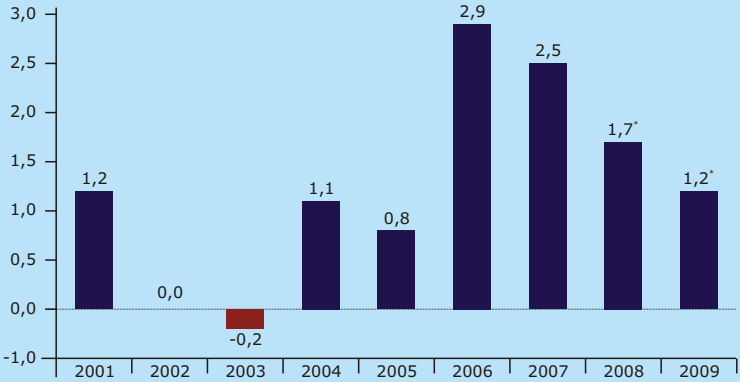
Die deutsche Wirtschaft hat es geschafft, der globalen Finanzkrise zu trotzen. Die Immobilienkrise ging an Deutschland zwar nicht spurlos vorüber, wie das Beispiel der IKB-Bank zeigt. Die deutsche Wirtschaft hat aber bewiesen, dass sie so leicht nicht ins Wanken gerät. Alle aktuellen Gutachten bescheinigen unserer Wirtschaft Bestnoten in Sachen Wachstum, Wettbewerbsfähigkeit und Standortattraktivität. Das reale Wachstum des BIP wird 2008 bei etwa 1,7% liegen. Die Prognose für das Jahr 2009 liegt bei 1,2%. Deutsche Unternehmen bewerten die aktuelle Lage dementsprechend äußerst positiv. 85% aller deutschen Mittelständler schätzen die wirtschaftliche Situation ihres Unternehmens als gut oder sehr gut ein. In mehr als 50% aller Unternehmen hat sich die Gewinnsituation in den vergangenen drei Jahren verbessert. Auch für das kommende halbe Jahr rechnen 39% aller Mittelstandsunternehmen mit weiteren Verbesserungen ihrer Situation.

Erholung des deutschen Arbeitsmarktes

Die positive Entwicklung spiegelt sich auch auf dem Arbeitsmarkt wider: jeden Tag werden rund 1.200 neue Arbeitsplätze geschaffen. Derzeit sind in Deutschland noch 3,3 Millionen Menschen ohne Arbeit, mit einer Arbeitslosenquote von 7,8% sind das über 500.000 weniger als noch vor einem Jahr. Baden-Württemberg ist mit einer Quote von 4,1% bundesweit Spitzenreiter. Die Landkreise Zollernalb und Sigmaringen liegen mit einer Quote von 4,3 Prozent im positiven Trend. Verantwortlich für einen solchen Aufschwung sind natürlich immer mehrere Faktoren. Entscheidende Bedeutung hat aber

▲ Bei Meyer & Cie. in Albstadt bestaunte Thomas Bareiß die neuesten Innovationen der Textilbranche.

Bruttoinlandsprodukt
(* = Prognose)



tschland: Spitze in Europa

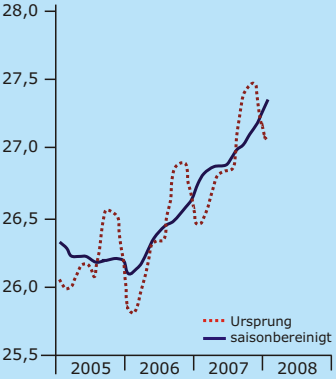
auch die Große Koalition um Angela Merkel. Wichtige Reformen, die nun bereits Früchte tragen, wurden in Gang gebracht. Ein Beispiel ist die Unternehmenssteuerreform. Mit einer Nettoentlastung der Unternehmen von rund 5 Mrd. Euro hat sie entscheidend für die Steigerung der Attraktivität des Wirtschaftsstandort Deutschland beigetragen.

Weiterer Reformbedarf

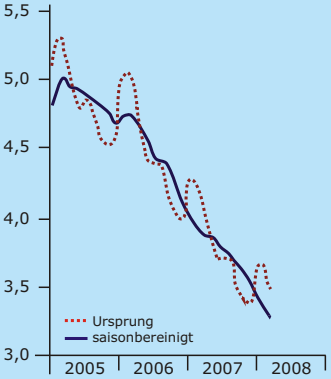
▲ **Modernste Landtechnik gibt es bei der Firma Claas in Bad Saulgau.**

Diese erfreuliche Entwicklung darf uns aber nicht blind machen für den nach wie vor bestehenden Reformbedarf. Immer noch stehen wichtige Projekte an, die keinen Aufschub dulden. Besonders das Ziel eines ausgeglichenen Haushalts darf nicht aus den Augen verloren werden. Wir sind es den kommenden Generationen schuldig, diesem Ziel höchste Priorität einzuräumen und sie vor einem noch größeren Schuldenberg zu bewahren. Schließlich sind allein für die derzeitigen Schulden des Bundes jährlich unglaubliche 40 Mrd. Euro Zinsen fällig. Mit der SPD als Koalitionspartner und der bedenklichen Entwicklung der Linken ist ein Anpacken der Probleme leider nicht immer einfach. Nichtsdestotrotz hat die CDU/CSU um Kanzlerin Angela Merkel bewiesen, dass sie die richtigen Lösungen hat. Alle unsere Anstrengungen müssen deshalb dahingehen, Überzeugungsarbeit zu leisten, um einem drohenden Stillstand oder gar einem Rückrudern der Reformen entgegenzuwirken. “Ich werde mich auch in meiner Funktion als Mitglied des Bundesfachausschusses Wirtschafts-, Haushalts- und Finanzpolitik der CDU/CSU weiter vehement dafür einsetzen”, so der Christdemokrat Thomas Bareiß.

Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte (in Millionen)



Arbeitslose
(in Millionen, Abgrenzung nach SGB III)



Die Mittelschicht entlaste

Leistungsträger des Aufschwungs

Eines der wichtigsten Ziele der Großen Koalition ist die Haushaltskonsolidierung. Mit dem Ziel, bis 2011 einen ausgeglichen Haushalt vorzuweisen, hat sie sich ein ehrgeiziges aber dennoch realistisches Ziel gesetzt. “Trotz der Priorität dieses Ziels dürfen wir aber andere wichtige Themen nicht aus den Augen verlieren”, so Bareiß. Das zeigt auch die kontrovers geführte Debatte um Entlastungen für die Leistungsträger unserer Gesellschaft, die mit ihrer täglichen Arbeit entscheidenden Anteil an der guten Entwicklung der deutschen Wirtschaft haben. Trotz hervorragender Zahlen aus den Unternehmen kommt bislang der Aufschwung bei denen am wenigsten an, die maßgeblich dafür verantwortlich sind, nämlich bei den Bürgerinnen und Bürgern der Mittelschicht.

Entlastung der Mittelschicht

Angesichts positiver Prognosen für die deutsche Wirtschaft und Steuereinnahmen, die weit über die ursprünglichen Schätzungen hinausgehen, ist eine Entlastung für die Mittelschicht überfällig. Am Ziel eines ausgeglichenen Haushalts darf dafür aber nicht gerüttelt werden. Die Ausgabenpolitik des Bundes muss vielmehr dahingehend gerechter gestaltet werden, dass endlich auch diejenigen in den Genuss des Aufschwungs kommen, die ihn erwirtschaften. Nach den neuesten Steuerschätzungen ergeben sich in diesem Jahr durch die gute Entwicklung in Deutschland zusätzlich zu den schon erwarteten Mehreinnahmen weitere 20 Mrd. Euro an Steuermehreinnahmen. “Damit ist sowohl das Festhalten am Ziel der Nullverschuldung, als auch eine angemessen Beteiligung der Leistungsträger am Aufschwung machbar”, betont Thomas Bareiß. Die Überlastung der Mittelschicht hat fatale Folgen für den Sozialstaat. Schon jetzt geht die steuerliche Belastung für die Arbeitnehmer-innen und Arbeitnehmer an die Schmerzgrenze, dazu kommen weitere Belastungen durch die steigenden Lebenshaltungskosten. Allein Strom-, Gas- und Heizölpreise sind in den letzten Jahren dramatisch angestiegen. Auf Grund dieser Entwicklung ist zu befürchten, dass immer mehr Menschen aus der Mittelschicht der soziale Abstieg droht und sie auf staatliche Transferleistungen angewiesen sind.

n

Langfristiges Konzept

Es hat deshalb nichts mit Populismus zu tun, wenn man dieser gefährlichen Entwicklung entgegensteuern will. Wichtiger als kurzfristige Einzelmaßnahmen ist aber vor allem eine langfristige Strategie zur Entlastung der Bürger. Dazu gehört ein schlüssiges und gerechtes Steuerkonzept, das die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer - die Stütze unserer sozia Len Marktwirtschaft - entlastet. Derzeit werden die Bürger unverhältnismäßig hoch durch Steuern und Sozialabgaben belastet, um ihnen später durch verschieden Kanäle wieder ein Teil dieses Geldes zurückzugeben. Besser ist es, den Bürgern von vorne herein mehr Geld zu lassen. Dies führt nicht zuletzt zu mehr Transparenz und mehr Akzeptanz bei den Bürgern, die den unübersichtlichen Steuerdschungel verständlicherweise nicht mehr nachvollziehen können.

“Wir brauchen ein transparentes und gerechtes Steuersystem, das die Mittelschicht entlastet.”

Transparentes und gerechtes Steuersystem

Das schlüssige Steuerkonzept von CDU und CSU konnte in der Großen Koalition mit der SPD leider nicht verwirklicht werden. Dies darf aber nicht dazu führen, dieses wichtige Projekt nicht erneut in Angriff zu nehmen. Langfrist führt ohnehin kein Weg daran vorbei, denn die soziale Marktwirtschaft funktioniert nur mit einer intakten Mittelschicht, die nicht in ständiger Sorge um sozialen Abstieg leben muss. “Eines der wichtigsten Ziele ist für mich deshalb die Realisierung eines transparenten und gerechten Steuersystems in Deutschland, spätestens nach der Bundestagswahl 2009”, so Bareiß.

SOMMERTOUR 2

Dienstag, 8. Juli 2008
10.00 Uhr Besuch bei der Firma Bix in Meßkirch
14.00 Uhr Besuch Nitriertechnik Oberschwaben und Verzinkerei Bühler, abends Hauptversammlung CDU Herbertingen

Mittwoch, 9. Juli 2008
9.00 Uhr Firmenbesuche bei Mogg und Beltrona in Stetten a.k. Markt
13.30 Uhr Betriebsbesichtigungen in Inzigkofen

Donnerstag, 10. Juli 2008
10.00 Uhr Besuch bei der Firma Stecher und der Auentalschule in Sauldorf
14.00 Uhr Informationen zu Flurbereinigung, Natura 200 am Weiher und Bürgergespräch in Ebenweiler und Eichstegen
19.30 Uhr Hauptversammlung KPV Zollernalb, Balingen

Freitag, 11. Juli 2008
9.00 Uhr Besuch bei der Firma Polykarp Schell in Obernheim
13.30 Uhr Information zum Thema B27 und ELR-Projekte in Schömberg
19.30 Uhr Festakt zum Jubiläum 925 Jahre Bittelschies

Samstag, 12. Juli 2008
10.00 Uhr Bezirksvertreterversammlung der CDU zur Europawahl 2008
14.00 Uhr Vereingespräche in Gammertingen
17.00 Uhr Fassanstich beim Stadtfest in Bingen
19.30 Uhr Grillfest mit den Narrenzünften in Gammertingen

Sonntag, 13. Juli 2008
10.00 Uhr Frühschoppen im Dorfgemeinschaftshaus in Eichen
15.00 Uhr *40.* Priesterjubiläum von Pfr. Gebhard Streicher in Nusplingen

Montag, 14. Juli 2008
10.00 Uhr Historischer Umzug beim Bächtle-Fest in Bad Saulgau
13.00 Uhr Besuch bei DRK, OWB und Suchtberatung in Sigmaringen
19.00 Uhr Kreistagsfraktion im Zollernalbkreis

▲ Kultusminister Helmut Rau kam zur Einweihung der neuen Außenanlagen an der Walther-Groz-Schule in Ebingen und referierte am Abend bei der KPV in Meßstetten.

In der Nachbarschaftsgrundschule Aach-Linz hatten die Schülerinnen und Schüler ein Programm für den Besuch parat und begrüßten Thomas Bareiß mit Gesang und Flötenkonzert. ▼

008

Dienstag, 15. Juli 2008

9.00 Uhr Besuch bei der Firma IDEAL in Balingen, Gespräch zur Stadt und Besuch der IZBB-Maßnahme Schulzentrum Längenfeld

14.00 Uhr Besuch im Haus St. Paul, Firma OSW, Firma Braun und Hof Bayer in Bad Saulgau

Mittwoch, 16. Juli 2008

10.00 Uhr Besuch bei der Firma Conta in Schwenningen

14.00 Uhr Besuch bei der Firma Beutter und der Firma Top, Besuch im Progymnasium und Gespräch mit Trachtenverein in Rosenfeld

Donnerstag, 17. Juli 2008

9.30 Uhr Firmenbesuche bei Geberit, Extra Games, Stoll und Kramer Allrad in Pfullendorf

14.00 Uhr Firmenbesuche und Gespräche in Altshausen

20.00 Uhr CDU-Kreisvorstand Sigmaringen

Freitag, 18. Juli 2008

9.30 Uhr Firmenbesuche, Gespräch mit Steuerberater und Besuch im Naturschutzzentrum in Ostrach

15.00 Uhr Besuch im Elisabethen-Krankenhaus in Ravensburg

17.00 Uhr Seniorenkaffee mit der Seniorenunion Region Pfullendorf

Samstag, 19. Juli 2008

11.00 Uhr 50 Jahre Kindergarten Laucherttahl in Sigmaringendorf

13.00 Uhr Eröffnung des Heimatmuseums in Veringenstadt

15.00 Uhr Eröffnung des Meßstetter Stadtfests

17.30 Uhr 100 Jahre Stadtkapelle Schömberg / 34. Jugendmusiktage

Sonntag, 20. Juli 2008

11.00 Uhr Besuch am Familientag 75 Jahre Naturfreibad in Winterlingen

17.00 Uhr Besuch auf dem Brunnenfest in Scheer und Ziehung der Tombola-Gewinner

Auch 2007 besuchte Verteidigungsminister Dr. Franz Josef Jung wieder den Wahlkreis. In Stetten a.k. Markt informierte er sich bei über die Arbeit des Kampfmittelräumdienstes.
▼

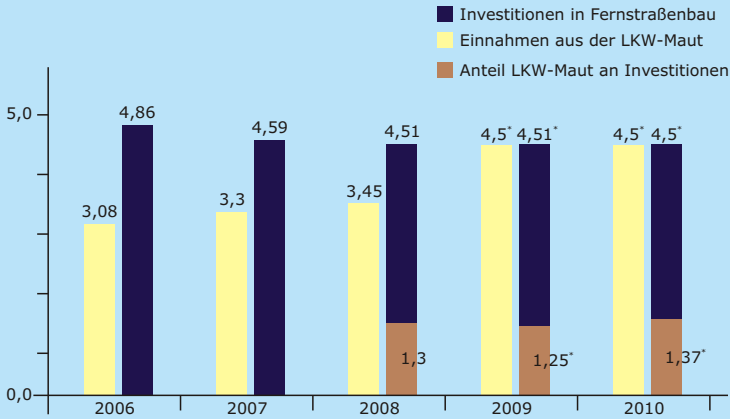
▲ Bei der Firma Blickle in Rosenfeld stellte Firmenchef Reinhold Blickle sein Unternehmen vor, das zu den Weltmarktführern bei Rädern und Rollen gehört.

Endlich richtig in Straßen

Straßennetz wichtig für Deutschland

Deutschland ist mit 82 Mio. Einwohnern das bevölkerungsreichste Land Europas. Die Bevölkerung verteilt sich dabei auf eine Fläche von rund 350.000 km². Deshalb verfügt Deutschland über ein dichtes und gut ausgebautes Verkehrsnetz, worauf unsere europäischen Nachbarn oft neidvoll blicken. Eine leistungsfähige Verkehrsinfrastruktur ist für die deutsche Wirtschaft eine Grundvoraussetzung für Effizienz und Wettbewerbsfähigkeit. Um dieses Elementare Rad in unserem Wirtschaftsgetriebe auch in Zukunft nicht zu vernachlässigen, ist es zwingend notwendig, dass ein angemessenes Investitionsmodell für das deutsche Straßennetz existiert. Leider gehen die jährlichen Investitionen in den Straßenbau zurück und kommen nicht mehr den Erfordernissen nach, die ein komplexes Straßensystem wie das unsrige erforderlich macht. Die Folgen sind nicht zu übersehen. Beispiele für den großen Handlungsbedarf gibt es genügend: Der Ausbau der B27 von Schömberg nach Tübingen, eine starke und leistungsfähige Ost-West Verbindung auf der B32/B311 über Herbertingen, Mengen und Krauchenwies, die Weiterentwicklung der B463 von Balingen bis Albstadt und die Ortsumgehung B32/B311 Herbertingen. Ein weiterer wichtiger Faktor in diesem Zusammenhang ist der Klimaschutz. Durch fehlenden Straßenausbau und die dadurch verursachten Staus wird auf deutschen Straßen täglich Kraftstoff im Wert von 50 Mio. Euro nutzlos verbrannt, der volkswirtschaftliche Schaden wird auf jährlich 102 Mrd. Euro geschätzt.

Ausgaben für Bundesfernstraßen im Bundeshaushalt
(in Milliarden Euro, * = Prognose bzw. Plan)



bauprojekte investieren

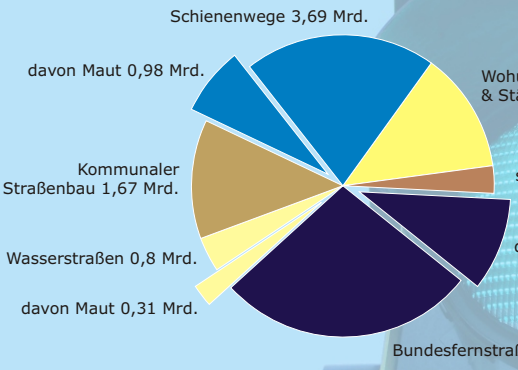
Investitionsbedarf

Mit dem Bundesverkehrswegeplan 2003 wurde der Investitionsrahmenplan für den Zeitraum 2001 bis 2015 festgelegt. Die darin anvisierten jährlichen Investitionen von rund 7 Mrd. Euro in deutsche Straßen wurden aber nicht realisiert. Die jährlichen Investitionen schwanken zwischen 4,5 und 5 Mrd. Euro. Diese Zahlen sind eindeutig zu niedrig und wiegen noch schwerer angesichts der Tatsache, dass gleichzeitig die Einnahmen durch die Einführung der LKW-Maut im Jahr 2005 stetig gestiegen sind. Im letzten Jahr wurden rund 3,3 Mrd. Euro durch das LKW-Mautsystem eingenommen. Es kann nicht angehen, dass angesichts steigender Einnahmen durch die LKW-Maut und steigender Steuereinnahmen des Staates keine nennenswerte Erhöhung der Investitionen in unsere Straßen stattfindet. Gerade bei uns im Südwesten, die wir jahrelang zugunsten des "Aufbau Ost" Verzicht geübt haben, muss eine Erhöhung der Investitionen stattfinden.

Erhöhung der Finanzmittel

Die LKW-Maut wurde eingeführt, um dem Investitionsbedarf in deutsche Straßen gerecht zu werden. "Aus diesem Grund war ich selbst auch ein Verfechter dieser Einkommensquelle", so Bareiß. Der Entwicklung, dass es trotz Einführung der LKW-Maut keine entscheidenden Investitionserhöhungen in deutsche Straßen gegeben hat, muss deshalb Einhalt geboten werden."Ich werde bei meiner Arbeit im Deutschen Bundestag keine Möglichkeit ungenutzt lassen, um auf diesen Missstand in Deutschland aufmerksam zu machen", betont der Wahlkreisabgeordnete. Angesichts voraussichtlicher Steuermehreinnahmen von rund 100 Milliarden Euro bis 2012 sollte eine angemessene Erhöhung der Finanzmittel des Bundes um 2 Milliarden Euro pro Jahr möglich sein. Dies wäre eine wichtige Voraussetzung, um den Anforderungen der deutschen Wirtschaft an das deutsche Straßennetz gerecht zu werden.

Investitionen im Ministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung 2008
(insgesamt 13,18 Mrd. Euro, davon 2,59 Mrd. Euro aus Maut)



Vertrag von Lissabon: EU

Reformvertrag als Weg aus der Sackgasse

In Gesprächen mit Bürgerinnen und Bürgern zeigt sich immer wieder das Problem, dass die Europäische Union zu weit von den Menschen entfernt ist. Das Scheitern der geplanten EU-Verfassung vor drei Jahren war ein schwerer Rückschlag für die Bemühungen, die EU voranzubringen und den Bürgern verständlicher zu machen. Brüssel drohte im Stillstand zu versinken angesichts dringend notwendiger Reformen, die auf Grund des Scheiterns nicht durchgesetzt werden konnten. Die EU schien in einer Sackgasse angelangt zu sein. Angesichts dieser Umstände ist es umso bemerkenswerter, dass es während der deutschen Ratspräsidentschaft unter Angela Merkel gelungen ist, die wichtigen Inhalte des Verfassungsentwurfs in Form des Vertrags von Lissabon zu verabschieden.

Mehr demokratische Elemente durch den EU-Vertrag

Der Vertrag von Lissabon bringt mehr Demokratie, mehr Mitwirkungsrechte für die Bürger Europas, beschreibt die Aufgaben der einzelnen Organe in der EU präziser und enthält den weltweit modernsten Grundrechtekatalog. Damit können alle EU-Bürgerinnen und -Bürger ihre Menschenrechte jetzt auch direkt vor dem Europäischen Gerichtshof in Luxemburg einklagen. Ein für die EU-Bürger sehr wichtiger Punkt ist die Stärkung demokratischer Abläufe. Mit dem europäischen Volksbegehren wird zum ersten Mal ein Element der direkten Demokratie auf europäischer Ebene eingeführt. Künftig können Bürgerinnen und Bürger mit einer Millionen Unterschriften aus einer "erheblichen Anzahl" von EU-Mitgliedsländern die EU-Kommission auffordern, einen Gesetzesvorschlag zu machen. Angesichts der Größe und der Komplexität der europäischen Strukturen ist dies ein wichtiger Schritt, um die Menschen stärker in die Brüsseler Politik einzubinden. Ein wichtiger Schritt hin zu mehr Demokratie ist auch die Stärkung des Europäischen Parlaments, das z.B. die volle Mitwirkung in der europäischen Gesetzgebung neben dem Ministerrat erhält. 95 Prozent aller EU-Gesetze werden in Zukunft vom Ministerrat und dem direkt gewählten Europäischen Parlament beschlossen. Zudem bestimmt das Parlament künftig auch bei der Zusammensetzung der EU-Kommission mit. Die nationalen Parlamente bekommen die Möglichkeit, formell Einspruch zu erheben, wenn sie zu der Auffassung kommen, dass die Initiativen der Europäischen Kommission unverhältnismäßig sind oder über die ihr durch die Verträge zugewiesenen Zuständigkeiten hinausgehen.

zukunftsfähig machen

Die Zukunft Europas

Im Zuge des Ratifizierungsprozesses in den Mitgliedsländern gab es in Irland eine Volksabstimmung über den Reformvertrag. Die Iren haben sich mehrheitlich gegen den Vertrag ausgesprochen und ihm damit die Ratifizierung verweigert. Das geplante Inkrafttreten des Vertrags zum 1. Januar 2009 wird deshalb nicht möglich sein. Bis auf weiteres bleibt der alte Grundlagenvertrag von Nizza bestehen, was ein Rückschritt für die Bemühungen hin zu transparenten Strukturen darstellt. Das irische Nein darf aber nicht zu einem Scheitern des Vertrags von Lissabon führen, zu wichtig sind die darin ausgearbeiteten Punkte für die Bürger der Europäischen Union. Dennoch zeigt der Wahlausgang wieder das Kernproblem der EU auf: Brüssel hat sich zu weit von den Menschen entfernt und trifft immer wieder auf Unverständnis bei den Bürgern. Das Ergebnis in Irland muss auf jeden Fall respektiert und in Brüssel als Warnung verstanden werden, den Menschen die europäische Politik verständlicher zu machen. Mit dem Vertrag von Lissabon wurde der richtige Weg eingeschlagen, um dieses Ziel zu erreichen.

ORGANE DER EUROPÄISCHEN UNION

EU-Kommission

Künftig nur noch 18 statt 27 Mitglieder (aus 2/3 der Mitgliedsstaaten), jeweils gewählt auf fünf Jahre, mit rotierendem System, d.h. nach zwei Amtszeiten für 5 Jahre kein Kommissar.
Überwachung der Umsetzung der EU-Gesetze und Vorschlag neuer Gesetze.

Kommissionspräsident
Wahl auf Vorschlag des EU-Rates durch das EU-Parlament. Kann künftig Kommissare entlassen.

Europäischer Rat

Alle Regierungschefs der 27 EU-Staaten.
Legt politische Leitlinien fest und fällt Grundsatzentscheidungen.

EU-Präsident
Auf 2,5 Jahre von Staats- und Regierungschefs gewählt, führt politische Geschäfte und vertritt die EU nach Außen.

Hoher Vertreter
für Außen- und Sicherheitspolitik; gleichzeitig Vizepräsident der EU-Kommission und Vorsitzender des Rates für Aussenbeziehungen.

EU-Parlament

In Zukunft nur noch 751 Mitglieder inklusive Parlamentspräsident (heute 785); davon max. 96 und min. 6 pro Land.

Wählt künftig den Kommissionspräsidenten und stimmt der Kommission zu; Recht auf Misstrauensantrag.

Zustimmung bei fast allen Gesetzen notwendig; bei Außen-, Sicherheits- und Rechtspolitik nur Anhörungsrecht.

Mitentscheidung über alle Ausgaben der EU

WEITERE NEUERUNGEN

Grundrechtecharta wird teil des EU-Rechts

Bürgerbegehren bei mindestens 1 Mio. Unterschriften möglich.

Stärkung des **Subsidiaritätsprinzips** und der nationalen Parlamente.

Möglichkeit zum **Austritt** aus der EU wird erstmals geregelt.

Kurzmeldungen

November 07 - Symposium zum Transatlantischen Wirtschaftsrat

Auf Anregung von Thomas Bareiß veranstaltete die CDU/CSU-Bundestagsfraktion im vergangenen November ein Symposium zu den Ergebnissen des ersten Transatlantischen Wirtschaftsrats. Dieser wurde Anfang 2007 von Bundeskanzlerin Angela Merkel ins Leben gerufen, um die wirtschaftlichen Beziehungen mit den USA zu verbessern. Das Symposium eröffnete der Vorsitzende der CDU/CSU-Fraktion, Volker Kauder. Nach Reden von BDI-Präsident Jürgen R. Thumann und dem US-Botschafter in Deutschland, William R. Timken Jr., wurden in einer Diskussionsrunde die künftigen Handlungsfelder transatlantischer Wirtschaftspolitik beraten. Thomas Bareiß betonte die elementare Bedeutung der Partnerschaft zwischen den USA und Europa. „Gerade Deutschland als Exportweltmeister ist auf eine enge wirtschaftliche Beziehung mit den USA angewiesen“, so Bareiß. Rund 250 Teilnehmer verfolgten die Diskussion im Sitzungssaal der CDU/CSU-Fraktion im Reichstag.

Mai 08 - IdeenPark auf der Messe Stuttgart

Auf dem diesjährigen IdeenPark von ThyssenKrupp auf der Neuen Messe in Stuttgart nahm Thomas Bareiß an einer Podiumsdiskussion mit jungen Menschen zum Thema Nachhaltigkeit teil. Einen Rundgang über das Messegelände ließ sich der Bundestagsabgeordnete nicht entgehen. Beeindruckt zeigte sich Bareiß von der Begeisterung der jungen Menschen für Technik und ließ sich an den Ständen die technischen Innovationen der Teilnehmer erklären. Beim Rundgang machte der Abgeordnete auch Halt beim Stand des Schülerforschungszentrums Bad Saulgau, das ein breites Angebot für Grundschüler und ältere Jugendliche bereitstellte.

Februar 08 - 2. Starbierfest mit Ministerpräsident Peter Müller

Zum 2. Starkbierfest in der „schönen“ Stadthalle Sigmaringen konnte Thomas Bareiß in diesem Jahr Peter Müller begrüßen. Der saarländische Ministerpräsident nahm als „Botschafter des Bieres“ am „größten Stammtisch in Südwürttemberg“ teil. Nach seiner mitreißenden Rede, die von den zahlreichen Gäste oft durch rauschenden Beifall unterbrochen wurde, mischte sich Peter Müller unters Volk und fühlte sich beim Starkbier von Zoller-Hof in Sigmaringer sichtlich wohl.